



LINKSEXTREMISTEN RUFEN ZUR BEWAFFNUNG AUF

Aufruf zum Mord: AfD-Politiker erstatten Anzeige gegen „indymedia“

Aufruf zum Mord ist eine Straftat. Zumindest, wenn man davon ausgeht, es herrsche ein funktionierender Rechtsstaat. Dass dieser Rechtsstaat gerne auf dem linken Auge blind ist, zeigt sich am laschen Umgang mit Linksextremisten im Hambacher Forst (PI-NEWS berichtete).

So war auch die verbotene linksextreme Internetplattform „indymedia“ zeitweise wieder online und konnte ihren hemmungslosen Hass im Stile eines Johannes Kahrs (SPD) in die Welt blasen.

Auf „indymedia“ geistern wieder einmal Mordfantasien umher. Man müsse sich noch nicht einmal eine „illegale Waffe“ besorgen, auch eine Gaspistole, richtig eingesetzt, könne sofort tödlich sein, wird dort dem geneigten Leser vermittelt.

Dagegen haben die drei Mitglieder der Landtags-AfD im Innenausschuss von Baden-Württemberg, Lars Patrick Berg, Daniel Rottmann und Klaus Dürr, Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart wegen „Aufrufes zum Mord“ gegen „indymedia“ gestellt. Der sicherheitspolitische Sprecher der

Fraktion, Lars Patrick Berg, begründete den Schritt in einer Pressemitteilung mit dem „immensen Gewaltpotential der linken Szene“. Diese scheue auch vor „schwersten Straftaten“ nicht zurück. So führt Berg aus:

Die Strafanzeige nimmt Bezug auf die Veröffentlichung eines Artikels auf der eigentlich verbotenen Seite, in welcher zum Mord an Menschen aufgerufen wird. Darin werden jene, die sich angesprochen fühlen, aufgefordert, sich zu bewaffnen, und zwar mit Gaspistolen. Es wird gewarnt, Fingerabdrücke zu hinterlassen und ausgeführt, ein aufgesetzter Schuss aus einer Gaspistole am Kopf oder am Herz sofort tödlich sei. Für einen Mord sei es nicht zwingend nötig an illegale Waffen zu kommen. Auch die Umrüstung von Gaspistolen könne den Mord gelingen lassen. Wir sehen hierin eine Straftat nach § 111 Strafgesetzbuch.

Während Antifa und Antideutsche gemeinsam mit der SPD in den gewaltsamen Kampf gegen die AfD ziehen, schweigen die angeblich ach so „bürgerlichen“ Parteien Union und FDP über die Ausfälle der Nahles-Mitarbeiterin Angelika Marquardt. Diese darf im offiziellen Zentralorgan der SPD, dem „Vorwärts“, den Schulterschluss mit den Terroristen der Antifa zelebrieren. Ohne Einwilligung der Parteiführung undenkbar.

Nicolaus Fest zur Causa Angelika Marquardt:

Die drei AfD-Politiker wollen hingegen alle Mittel des Rechtsstaates gegen linksradikale und linksextreme Umtriebe eingesetzt wissen. Eine Strafanzeige sei einer der vielen zu gehenden Schritte, so Berg. Besorgt zeigen sich die Abgeordneten, dass die auch mit SPD und Grünen in Verbindung stehende „Interventionistische Linke“ (IL) nach wie vor Gelder für Waffen sammle. Die IL war maßgeblich am Terror beim G20-Gipfel verantwortlich.